

Bei uns in NRW

Ausgabe 02/2018
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

*Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen*



S. 4

*Laschet trifft
Michael Dreier*



S. 14

*Unser Umgang
mit künstlicher
Intelligenz*





Nur in legalen Spielhallen

gelten klare Regeln.

Falsche Regulierungsanreize führen zu einer Ausweitung von unerlaubtem Glücksspiel in Schwarzmärkten. Die Deutsche Automatenwirtschaft ist der Garant für ein legales und vor allen Dingen sicheres Spielangebot. Bei uns gilt:

1. **Legal nicht egal:** In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln zum Schutz der Spieler.
2. **Nur ab 18:** In legalen Spielhallen dürfen nur Erwachsene spielen.
3. **Kein Bier hier:** In legalen Spielhallen ist Alkohol verboten.
4. **Brief und Siegel:** Unsere Spielhallen werden regelmäßig vom TÜV INTERCERT Saar und TÜV Rheinland geprüft.

Weitere Informationen zum verantwortlichen Automatenspiel auf automatenwirtschaft.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**



Liebe Vereinerinnen und Leser,

am 14. Mai vor einem Jahr haben wir die Landtagswahl gewonnen. Mit der Vereidigung der Ministerinnen und Minister am 30. Juni 2017 hatten wir innerhalb kürzester Zeit nach der Landtagswahl eine stabile Regierung gebildet und mit der Arbeit begonnen, um unser Land voranzubringen.

Die äußerst konstruktive Zusammenarbeit mit der FDP der vergangenen Monate möchten wir auch in den kommenden Regierungsjahren fortsetzen. Die wichtigste Grundlage hierfür ist natürlich der Koalitionsvertrag. Unsere darin vereinbarten Verbesserungen in den Bereichen Innere Sicherheit, Bildung, Wirtschaft und Verkehr zeigen erste Erfolge.

Daneben ist es jedoch wichtig, dass wir uns als CDU Nordrhein-Westfalen programmatisch mit neuen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinandersetzen und auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes Antworten auf die Fragen der Zeit formulieren. Eine Volkspartei bleibt schließlich nur dann lebendig, wenn sie die Bedürfnisse und das Wohl der gesamten Gesellschaft im Blick hat und dafür notwendige Veränderungen auf den Weg bringt. Und gerade eine Regierungspartei muss sich mit ihren Mitgliedern in-

haltlich auch immer neuen Fragen und Herausforderungen stellen.

Ich freue mich daher, dass sich unser in Bielefeld stattfindender Landesparteitag mit dem Leitantrag „NRW kommt voran – Leben, Lernen und Arbeiten im digitalen Zeitalter“ befasst. Die vielen hundert Delegierten aus den 54 Kreisverbänden der CDU Nordrhein-Westfalen werden über den Fortschritt sprechen, den die Digitalisierung mit sich bringt, aber auch über die Risiken, die es zu minimieren gilt. Schließlich entscheiden sie mit dem Leitantrag über unsere grundsätzliche Positionierung zum digitalen Wandel. Die vorliegende Ausgabe des Mitgliedermagazins „Bei uns in NRW“ geht sowohl auf ausgewählte Aspekte des Themas als auch den Leitantrag konkret ein und bietet Ihnen damit einen informativen Überblick. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Wim Lauth

Inhalt



Laschet trifft

- 4 Michael Dreier, Bürgermeister der digitalen Stadt Paderborn

Topthema

- 8 NRW kommt voran – Leben, Lernen und Arbeiten im digitalen Zeitalter

CDU in NRW

- 11 Digitalisierung europäisch denken
- 12 Koalitionsvertrag ist gut für Nordrhein-Westfalen
- 13 Köpfe aus Nordrhein-Westfalen in der neuen Bundesregierung

Gastbeitrag

- 14 Science Fiction im Alltag: Warum wir einen verantwortungsvollen Umgang mit „Künstlicher Intelligenz“ brauchen

Im Visier

- 18 Was von einem Jahr Groschek/Römer bleibt

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen
- 16 12 Fragen an Anja Karliczek
- 17 12 Fragen an Jens Spahn
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 10 und 11 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Beate Müller-van Ißem, Frank Rauer

Autoren:
Isabelle Fischer, Lukas Miebach, Beate Müller-van Ißem, Frank Rauer, Günther Schuhmacher, Dr. Stephan Terhorst

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600 – 0
Fax: 0211 13600 – 15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Dahm
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.com
www.designbuedchen.com

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Shutterstock.com/d1sk

Rhein Ruhr City 2032

Olympische und Paralympische Spiele in Nordrhein-Westfalen 2023?



Foto: Land NRW/Bowinlelmamm

Die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“ hat Mitte April ihren Konzeptentwurf, wie eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Ausrichtung der Olympischen Spiele aussehen könnte, der Landespolitik übergeben. Michael Mronz, Gründer der Initiative, stellte die Vision eines überregionalen, gemeinschaftlichen und nachhaltigen Konzeptes für Olympische und Paralympische Spiele in der Metropolregion Rhein-Ruhr im Landeshaus vor. Das vorliegende Konzept, das Grundlage für eine mögliche Bewerbung sein kann, berücksichtigt insgesamt 14 Kommunen mit den Austragungsstätten der verschiedenen Sportarten.

Ministerpräsident Armin Laschet begrüßte die von der Privatwirtschaft angestoßene Initiative: „Olympische und Paralympische Spiele können für Nordrhein-Westfalen eine einmalige Chance darstellen, uns als gastfreundliches und weltoffenes Sportland zu präsentieren.“ Dass es dem erfolgreichen Sportmanager und Initiator Michael Mronz gelungen ist, 14 Kommunen zum Zusammenschluss für die mögliche Bewerbung zu gewinnen, freut Laschet besonders: „So bewirbt sich eine ganze Region und alle Städte können sich mit ihren unterschiedlichen Sportstätten einbringen. Am Ende profitiert das gesamte Land.“ ■

Netzwerk für Menschen mit Behinderung

Neuer Vorstand gewählt

Auf seiner Mitgliederversammlung Mitte April hat das Netzwerk für Menschen mit Behinderung (MmB) in der CDU Nordrhein-Westfalen einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist Benjamin Daniel Thomas, seine Stellvertreter sind Ilonka Stebritz und Bernd Neufeind. Wichtigstes Thema für das Netzwerk, das den früheren Behindertenbeauftragten der Bundesregierung Hubert Hüppe zum Ehrenvorsitzenden wählte, ist die Inklusion. Thomas: „Inklusion ist das Zukunftsthema der Gesellschaft – es muss mit allen Themen verzahnt gesehen werden.“ Das unterstrich auch Generalsekretär Josef Hovenjürgen in seinem Grußwort: „Unser Ziel als CDU ist es, dass Teilhabe und Inklusion ganz selbstverständlich sind.“ ■



Foto: Rochlitzler

Netzwerk für Soldaten der CDU Nordrhein-Westfalen tagt in Düsseldorf

Bundeswehr & Innere Sicherheit

Das Netzwerk für Soldaten in der CDU Nordrhein-Westfalen hat sich Ende März mit dem Thema „Bundeswehr und Innere Sicherheit“ beschäftigt. Über den Einsatz der Bundeswehr mit spezifisch militärischen Waffen im Inneren referierte der Rechtsanwalt Dr. Christoph M. Scheuren, der selbst Reserveoffizier ist. Vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund erläuterte Scheuren ins-

besondere die Möglichkeiten des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe. Das Netzwerk für Soldaten in der CDU Nordrhein-Westfalen existiert seit 2009 und wird von dem Remscheider Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Jens Netekoven, der als Soldat mehr als vier Monate in Afghanistan im Einsatz war, geleitet. ■



Laschet trifft...

...Bürgermeister Michael Dreier

Michael Dreier ist 57 Jahre alt und Bürgermeister seiner Geburtsstadt Paderborn. Sein beruflicher Werdegang führte ihn von der Ausbildung zum Elektroinstallateur über die Fachhochschulreife, ein Studium der Elektrotechnik und die Arbeit als Diplomingenieur schließlich in das höchste Amt seines Wohnorts Salzkotten, wo er 2004 Bürgermeister wurde. 2014 wurde er dann im ersten Wahlgang zum Bürgermeister von Paderborn gewählt.

Die digitale Zukunft seiner Stadt ist für den erfahrenen Verwaltungschef eine Herzensangelegenheit. Nicht umsonst erreichte Paderborn 2017 beim deutschlandweiten Wettbewerb „Digitale Stadt“ den zweiten Platz. In Nordrhein-Westfalen lag man ganz vorne. Noch im Herbst wurde Paderborn von der Landesregierung zur digitalen Leitkommune der Modellregion Ostwestfalen-Lippe erklärt. Landesweit hat die Stadt damit eine Vorbildfunktion übernommen.



Lieber Herr Dreier, mit Ihnen als Bürgermeister hat sich Paderborn zu einer „Digitalen Stadt“ entwickelt. Wie kam es zu der vergleichsweise frühen Schwerpunktsetzung beim Thema Digitalisierung?

Paderborn hat als Wirkungsstätte des Computerpioniers Heinz Nixdorf schon seit Jahrzehnten eine besondere Verbindung zur Digitalisierung. Aus der Nixdorf Computer AG wurde ein Weltunternehmen. Dadurch sind in unserer Stadt weitere Unternehmen in der Branche entstanden. Hinzu kommt die Unterstützung der Universität und des Fraunhofer-Instituts, mit denen wir in Paderborn eng zusammenarbeiten. Nicht zuletzt habe ich als gelernter Elektriker eine besondere Verbindung zu der Branche. Die Digitalisierung hat mich immer fasziniert.

” **Ziel ist immer die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.** “

Wodurch hat es Paderborn geschafft, den zweiten Platz bei einem bundesweiten Wettbewerb und damit gleichzeitig auch den ersten Platz innerhalb Nordrhein-Westfalens zu erreichen? Was ist das Besondere an Paderborn als digitaler Stadt?

Für unseren Erfolg sind zwei verschiedene Bereiche besonders wichtig, die wir mit unseren ungefähr 2.400 Beschäftigten mit ungeheurem Engagement voranbringen. Auf der einen Seite steht das Thema „Digitale Verwaltung“, auch „E-Government“ genannt. Das bedeutet, dass Verwaltungsabläufe und Verwaltungsservices, wie beispielsweise Um-

meldungen oder ähnliche Behördengänge digital ablaufen – alles ohne Wartezeiten und so einfach und so bürgerfreundlich wie nur möglich. Auf der anderen Seite steht die Digitalisierung der verschiedenen Lebensbereiche, beispielsweise bei Energie und Umwelt, Mobilität, Sicherheit, Handel oder Gesundheit. Ziel ist immer die Steigerung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Jeder Mensch jeden Alters soll einen Nutzen von der Digitalisierung haben.

Wie sehen konkrete Ergebnisse dieser Entwicklung aus?

Beispielsweise beim Thema Mobilität geht es nicht nur um das derzeit viel diskutierte Thema der Elektromobilität, sondern um elektronische Bezahlmethoden im ÖPNV, eine verkehrsflussfördernde Ampelschaltung und ein intelligentes Parkleitsystem – der größte Teil des Stadtverkehrs ist schließlich Parksuchverkehr. Beim Thema Handel geht es darum, den städtischen Einzelhandel in der Konkurrenz zum Onlinehandel zu unterstützen. Bei der Gesundheit ist beispielsweise die Nutzung einer digitalen Gesundheitsakte ein wichtiges Vorhaben. Überall ein wichtiges Thema ist sicherlich eine angemessene technische Ausstattung der Schulen, um digitales Lernen bei den Jüngsten, als Keimzelle sozusagen, zu ermöglichen. Hierfür haben wir bereits rund 10 Millionen Euro investiert. Es gibt viele ganz konkrete Projekte, die wir gemeinsam mit den Gewerbetreibenden und den vielen Partnern in und um Paderborn voranbringen.

Wie wichtig ist in der digitalen Verwaltung der Zukunft noch der direkte Kontakt zum Bürger?

Dieser Kontakt wird eindeutig immer erhalten bleiben – allerdings unterstützt durch die digitalen Medien. Ende April



haben wir der Öffentlichkeit das Konzept für ein digitalisiertes Bürgerzentrum im Herzen der Stadt vorgestellt, bei dem Bürgernähe und Transparenz im Mittelpunkt stehen. Die Paderborner werden dort alle möglichen Verwaltungsangelegenheiten erledigen und Informationen erhalten können. Mein Traum ist zudem, dass dort eine Anlaufstelle für die Universität und Sozialverbände integriert wird, dass man dort Bibliothek und Kinderbibliothek besuchen kann, sich trifft und einen Kaffee trinken geht. Das stelle ich mir unter einer modernen Verwaltung der Zukunft vor.

”

Wir haben in NRW das gesamte Potenzial für eine digitale Zukunft. Das sollten wir auch nutzen.

“

Ist die Bevölkerung bei Ihrem Projekt mit an Bord?

Die Bürgernähe suchen wir ganz gezielt. Wir gehen in die Unternehmen, Kitas und Schulen und fragen alle nach ihren jeweiligen Wünschen. Da es um den Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger geht, muss man sie unbedingt direkt beteiligen.

Gibt es eine Zusammenarbeit bei der Digitalisierung mit den anderen Kommunen unseres Landes?

Neben unseren Projektpartnern in Ostwestfalen-Lippe und den anderen Modellregionen stehen wir in einem ganz engen Austausch mit den anderen Städten und Gemeinden, um unsere und andere Projekte vorzustellen und zu diskutieren. Der Städte- und Gemeindebund hat es sich dabei beispielsweise zum erklärten Ziel gesetzt, gerade die zahlreichen kleinen Kommunen auf dem Weg in die digitale Zukunft mitzunehmen und zu begleiten.

Wie steht Nordrhein-Westfalen bei dem Thema im Vergleich zu anderen Ländern da?

Inzwischen sind wir als Bundesland auf einem guten Weg, aber noch immer nicht ganz vorne mit dabei. Wir müssen mit der Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen in der ersten Liga spielen. Dafür setze ich mich ein. Im inter-

nationalen Vergleich bewegen wir uns bisher nur im Mittelfeld. Das hat uns zuletzt ein Besuch bei den Kollegen in Estland gezeigt, das da eine Vorbildrolle einnimmt.



Was sind die Erwartungen an die Landesregierung, um den in den vergangenen Jahren aufgestauten Rückstand aufzuholen?

Zunächst einmal sind wir sehr dankbar für die insgesamt 91 Millionen Euro, die bereits als Unterstützung von Landesseite zugesagt sind. Darüber hinaus sind meines Erachtens kurze Entscheidungswege wichtig, um Maßnahmen und Projekte effektiv und zielgenau durchführen zu können. Grundsätzlich müssen wir weiterhin gemeinsam auf das Ziel hinarbeiten, die Digitalisierung als Werkzeug zu nutzen. Es ist ganz wichtig, dass wir unsere Projekte für die kommende Generation, für unsere Kinder, auf den Weg bringen. Deshalb müssen wir den Menschen mögliche Ängste nehmen und uns um soziale und ethische Fragestellungen kümmern, wie das auch im Leittrag der CDU zum Landesparteitag formuliert wird. Ich bin mir sicher, dass durch die Digitalisierung kein Arbeitsplatz verloren geht, sondern wir stattdessen die Lebensqualität der Menschen enorm steigern werden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen das gesamte Potenzial für eine digitale Zukunft. Das sollten wir auch nutzen.

Ich freue mich, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen gemeinsam auf den Weg in eine digitale Zukunft machen und uns Paderborn dabei als Vorreiter zur Seite steht. Vielen Dank für das interessante Gespräch! ■



Leitantrag zum Thema Digitalisierung

NRW kommt voran – Leben, Lernen und Arbeiten im digitalen Zeitalter

Seit ihrem Entstehen befindet sich unsere Welt im ständigen Wandel, genauso wie unser Leben. In der Geschichte der Menschheit wurde schon immer Bewährtes weiterentwickelt, haben neue Erfindungen unser Leben verändert und verbessert. Vieles, dem Generationen vor uns noch misstraut haben, nutzen wir völlig selbstverständlich. Die Digitalisierung ist eines der großen Zukunftsthemen und schon heute fester Bestandteil unseres Alltags. Eine Welt ohne E-Mails, Web, Social Media oder Smartphone können wir uns nicht mehr vorstellen. Aufgabe der Politik ist es, diesen Prozess zu

begleiten, ihn zu gestalten, um optimale Rahmenbedingungen für alle Beteiligten zu schaffen.

Als CDU Nordrhein-Westfalen stellen wir uns den Herausforderungen, die dieses weite Themenfeld in allen Lebensbereichen mit sich bringt. Wir sehen vor allem die großen Chancen und Potentiale, das Leben der Menschen in unserem Bundesland nachhaltig zu verbessern, den Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter zu entwickeln und den Wohlstand aller zu sichern.

DATEN ALS ROHSTOFF DES 21. JAHRHUNDERTS

Historisch waren es Kohle und Stahl, aus denen Nordrhein-Westfalen seine Wirtschaftskraft gewonnen hat; sie haben den Weg für den starken Industriestandort geebnet. Heute gilt es, diese industrielle Stärke des Landes in Kombination mit dem neuen Rohstoff Daten auszubauen. Daten sind die Essenz des Digitalen! Sie sind der in allen Wertstufen enthaltene Rohstoff des 21. Jahrhunderts, der durch die unterschiedlichsten Verfahren und Erhebungsmethoden entsteht. Dabei sind nicht die Daten an sich werthaltig, sondern erst deren besondere Handhabung im Rahmen von Analysen

großer, sich verändernder Datenmengen, häufig in Echtzeit. In einer Wirtschaftswelt, die zunehmend auf diesem Rohstoff aufbaut, ergibt sich zwangsläufig ein Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Datensicherheit einerseits sowie Datenoffenheit andererseits. Es ist Aufgabe der Politik, hier eine Balance zu schaffen. Wir wollen die notwendigen Abgrenzungsbedingungen schaffen, um die digitale Transformation an den Schutzbedürfnissen der Menschen auszurichten und gleichzeitig Innovationspotentiale zu heben.

WIRTSCHAFT – INDUSTRIE, HANDWERK UND ARBEIT 4.0

Seit der Jahrtausendwende hat die Digitalisierung auch zu grundlegenden Veränderungen in den Bereichen Wirtschaft, Industrie und Handwerk geführt. Die in diesem Zusammenhang genannten Schlagworte „Industrie, Mittelstand, Handwerk und Arbeit 4.0“ stehen gerade in Nordrhein-Westfalen sinnbildlich für neue Geschäftsmodelle, wirtschaftlichen Mehrwert, Wissen in Robotik, eine führende Stellung im Bereich der künstlichen Intelligenz, immenses Automatisierungswissen in Maschinenbau und Elektrotechnik sowie für die Traditionen unseres Industriestandorts. Digitalisierung in Wirtschaft, Industrie, Mittelstand und Handwerk ist aber weit mehr als die Automatisierung von Produktionsprozessen. Es geht um die Nutzung von Wertketten im digitalen Raum. Hierfür wollen wir Unternehmen, Start-ups und Hochschulen zusammenbringen, damit Stärken gebündelt werden, Unternehmen die gewonnenen Datensätze

heben können und vor Ort neue Arbeitsplätze entstehen. Dazu zählt natürlich auch der Mittelstand, als Rückgrat unserer Wirtschaft. Die Innovationskraft dieser vielen Betriebe wollen wir in unserem Land erhalten. Förderungen ausschließlich auf die Start-up-Szene zu beschränken, wäre daher der falsche Ansatz.

Auch die Arbeitswelt unterliegt dem ständigen Wandel durch Unternehmen, Menschen und Politik. Neue Technologien ermöglichen neue Arbeitsweisen und helfen bei der Entbürokratisierung. Das schafft den Arbeitnehmern Freiräume, sie können sich wirklichen Aufgaben widmen und sie haben mehr Zeit für Konzentration, Kreation und Erholung. Das hilft ihnen dabei, Arbeit, eigene Interessen und Familie in Einklang zu bringen und steigert die Lebensqualität.

GESUNDHEIT

Durch den Austausch und die Vernetzung von sensiblen Patientendaten sind neue Therapieformen möglich und der Einsatz von Telemedizin ermöglicht einen ortsunabhängigen und flächendeckenden Zugriff auf medizinisches Fachwissen. Davon profitieren sowohl Ärzte als auch Patienten.

So muss ein Patient bei auftretenden Beschwerden nicht mehr sofort persönlich in der Arztpraxis erscheinen. Einen ersten Rat erhält er in einer Video-Sprechstunde per App oder

Telefon. Danach entscheidet der Mediziner über das weitere Vorgehen. Bei anderen Erkrankungen besteht die Möglichkeit, Gesundheitsdaten mit praktischen Wearables und Apps zu erfassen und automatisiert an die behandelnden Ärzte zu übermitteln. Diese haben dann wiederum die Möglichkeit, dem Patienten eine maßgeschneiderte Therapie zu verordnen. Gerade in Regionen, in denen die nächste Praxis nicht direkt um die Ecke liegt, bedeutet dies eine deutliche Steigerung der Patientenversorgung und der Lebensqualität.

BILDUNG

Bildung ist der wichtigste Schlüssel zur Aufklärung und zum Verstehen, gerade unter dem Gesichtspunkt der Digitalisierung. Bildung unterlag und unterliegt auch immer einem Wandel, der durch technologischen Fortschritt, Innovationen und sich verändernde gesellschaftliche Rahmenbedingungen geprägt ist. Von daher ist es natürlich und notwendig, dass Bildung, Forschung und Innovationstransfer als Einheit zu verstehen sind.

Damit sich unsere Kinder in einer komplexeren Welt besser orientieren können, werden ihnen bereits in der Schule digitale Kompetenzen vermittelt. Danach werden sie in Hochschule und Beruf weiter auf das lebenslange Lernen vorbereitet. Um die Bildungskette zu stärken, müssen wir außerdem die Ausstattung an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen verbessern und das Lehrpersonal für die anstehenden Aufgaben qualifizieren.

STRUKTURWANDEL

Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich rapide durch die Digitalisierung. Nicht nur Konsumentenmärkte, die zunehmend durch Digitalplattformen und Social Media geprägt sind, sondern auch traditionelle Wirtschaftsbereiche und die Organisation des Zusammenlebens in den Städten und Gemeinden sind davon massiv betroffen. Digitalisierung ist kein Privileg der großen Städte, sondern wird zu Recht von den Menschen da eingefordert, wo sie leben. Über modernes E-Government und eine gut begleitete Entwicklung smarter Lebensräume wird

die Attraktivität überall in Nordrhein-Westfalen gesteigert. Um die Digitalisierung z.B. in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern, wollen wir erreichen, dass Städte und Landkreise einen Chief Digital Officer einstellen, der das Thema begleitet und vorantreibt. Durch die Digitalisierung der Verwaltung sollen Kosteneinsparungen möglich gemacht werden, ohne bestehende Arbeitsplätze zu gefährden. Es geht darum, flächendeckend eine digitale Aufwärtsspirale in Gang zu setzen.

INTEGRATION

Integration gelingt immer dann am besten, wenn Menschen in direktem Austausch miteinander stehen, wie z.B. in Sportvereinen, Kirchengruppen oder sonstigen zivilgesellschaftlichen Institutionen. Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um von Anfang an unsere Kultur und Werte besser zu vermitteln. Applikationen auf Smartphones und andere mobile Endgeräte erleichtern die Vermittlung von Sprache und Kultur. Mit Hilfe von Plattformen, die Technologien aus dem Bereich

der künstlichen Intelligenz nutzen, kann mit bedarfsgerechten Systemen dafür gesorgt werden, dass jederzeit digitale Integrationshilfen zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus können einfach nutzbare, digitale Werkzeuge in der jeweiligen Landessprache dabei unterstützen, Arbeitskräfte aus dem Ausland im deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Sie vermitteln aber auch Behördenprozesse besser und machen sie einfacher.

MEDIEN UND KULTUR

Guter, unabhängiger Journalismus und gute mediale Beiträge übernehmen eine gewichtige Sozialfunktion auch bei der Meinungsbildung und sind fester Bestandteil unserer Kultur. Daher ist es wichtig, die reine „Kostenlos-Mentalität“ zu überwinden und durch geeignete Prozesse eigene Plattformen zu schaffen, die die Medienleistungen aus Nordrhein-Westfalen präsentie-

ren und deren Markterfolg unterstützen. Auch im Zusammenhang mit kulturellen Angeboten spielt die Digitalisierung eine wichtige Rolle. Durch virtuelle Museums- oder Konzertbesuche über das Internet können neue Zielgruppen angesprochen werden. Das ermöglicht einer größeren Anzahl von Menschen den Genuss von Kultur.

FAZIT

Wir Christdemokraten verstehen es als unsere zentrale Aufgabe, unsere Werte, unsere Grundsätze und unsere Ethik auch im Digitalen zu schützen und zu wahren. Im Mittelpunkt stehen bei all unseren Überlegungen aber nicht Maschinen, Technologien und Daten. Für uns ist der Dreh- und Angel-

punkt der Digitalisierung der Mensch – auf dem Weg von der industriellen, produktorientierten Welt hin in ein neues, humanzentriertes Zeitalter, das den Wohlstand der Menschen in Nordrhein-Westfalen langfristig sichert.



LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

DIGITALISIERUNGSPAPIER DER CDU-FRAKTION

Nordrhein-Westfalen: lokal – global – digital

Nach einem erfolgreichen Expertengespräch zur Digitalisierung und der Klausurtagung in Oberhausen, hat die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Digitalisierungspapier „Nordrhein-Westfalen: lokal – global – digital“ die wichtigsten Positionen der Fraktion ausgearbeitet und festgelegt. Die Landesregierung hat angekündigt, im Sommer eine umfassende NRW-Digitalstrategie vorstellen zu wollen. Die CDU-Landtagsfraktion gibt mit ihrem Papier Impulse zur inhaltlichen Ausgestaltung. Dabei gilt es, die Balance zu halten zwischen den Chancen und Herausforderungen, die sich aus dem Thema ergeben und darin, die Risiken zu erkennen, sowie die Menschen in ihren Unsicherheiten ernst zu nehmen. So wird die Ausarbeitung auch Teil der Debatte auf dem Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen in Bielefeld sein.

Wandel aktiv mitgestalten

Nordrhein-Westfalen ist ein Global Player, ein Schwergewicht unter den deutschen Bundesländern – und eines in Europa. Unsere Stärken gilt es in die digitale Welt zu übertragen und dabei die Menschen mitzunehmen. Die Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche: Wirtschaft, Arbeit, Finanzen, Sicherheit, Mobilität, Gesundheit, Bildung, Lernen, Kultur, Kunst, Freizeit, Konsum, Sport, Ehrenamt und auch Politik. Die CDU-Landtagsfraktion wird diesen Wandel aktiv gestalten,

nachdem die rot-grüne Vorgängerregierung sieben Jahre verschlafen hat. Es geht uns unter anderem auch um den technischen Ausbau eines hochleistungsfähigen, glasfaser-, wie funkbasierten Breitbandnetzes. Jeder in Nordrhein-Westfalen muss Zugang zu schnellem Internet haben.

Die Herausforderung meistern

Da die Digitalisierung nicht linear, sondern in Entwicklungsschüben stattfindet, wollen wir den Beirat Digitale Wirtschaft NRW zu einem Beirat eNRW weiterentwickeln, der genau diesen Prozess begleitet und die Strategie immer wieder anpassen kann. Die CDU-Landtagsfraktion ist überzeugt davon, dass sich für die weitere Entwicklung der Digitalisierung drei Prognosen machen lassen: Alles, was sich digitalisieren lässt, wird digitalisiert werden. Alles, was sich vernetzen lässt, wird vernetzt werden. Alles, was sich automatisieren lässt, wird automatisiert werden.

Es ist eine zwingende Herausforderung und die Bedenken der Menschen nehmen wir ernst – doch wenn wir diese Herausforderung meistern, dann hat die Digitalisierung enormes positives Potential für uns alle in Nordrhein-Westfalen.

Das Positionspapier finden Sie unter www.cdu-fraktion.nrw.



ERSTE KLAUSURTAGUNG 2018 DER CDU-LANDTAGSFRAKTION

Ein Team – viele Ideen

Die Zinkfabrik Altenberg des LVR-Industriemuseums in Oberhausen war Tagungsort für die erste Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in dieser Legislaturperiode. Mit der Wahl dieses Tagungsortes und dem Rundgang durch die Ausstellung „Schwerindustrie“ wollten die 72 Abgeordneten ein deutliches Signal für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen setzen, den Oberhausen wie kaum eine andere Stadt verkörpert. Die riesigen Aggregate, mit denen Stahl und Eisen geschmiedet und bearbeitet wurde, boten aber nicht nur einen beeindruckenden Rahmen für die Tagung; sie gaben auch Anlass zu einem intensiven Meinungsaustausch, wie der Mensch in den Mittelpunkt der kommenden Herausforderungen gerückt werden kann.

Zwei Tage lang haben die Abgeordneten über die Themen Kommunikation, Zukunft, Bildung und Digitalisierung diskutiert. Und das mit hochrangigen Gästen. Ministerpräsident Armin Laschet blickte kurz zurück auf die Arbeit der NRW-Koalition und analysierte vor allem die zukünftigen Herausforderungen, die anstehende Arbeitsplanung und die strategischen Vorhaben der Landesregierung.

Der Zukunftsforscher Professor Dr. Opaschowski spannte den Bogen vom Status Quo und den Sor-

gen der Menschen, hin zu den aktuellen Trends, die sich gesellschaftlich abzeichnen und auf die Politik vorbereitet sein sollte und Antworten finden muss.

Seine Thesen wurden rege diskutiert, genau wie die des Kommunikationsexperten Dr. Christian Moser. Er zeigte die vielfältigen Möglichkeiten in der heutigen politischen Kommunikation auf, die vor allem bei denen ankommen soll, die es betrifft, bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Moser lieferte Thesen zu der Frage: Wie kann eine Fraktion modern kommunizieren und die ihr zur Verfügung stehenden Kanäle, wie beispielsweise Facebook, Twitter und Instagram, sinnvoll nutzen?

Am Ende der Fraktionsklausur haben die Abgeordneten Leitlinien für ein besonders wichtiges Zukunftsthema auf den Weg gebracht. Sie verabschiedeten ein Positionspapier zur Digitalisierung. Es trägt den Titel „Nordrhein-Westfalen: lokal – global – digital“ und wird als inhaltlicher Impuls sowohl in die geplante Digitalstrategie der Landesregierung einfließen, als auch Teil der Debatte auf dem kommenden Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen sein.



Foto: CDU Fraktion



Foto: CDU Fraktion



Foto: CDU Fraktion



Foto: CDU Fraktion



Foto: Landtag NRW/ Bernd Schälte

ZWISCHENBILANZ

Versprochen – gehalten ✓

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP haben wir die wichtigen Vorhaben für diese Legislaturperiode festgehalten.

✓ Wir machen NRW sicherer

Wir haben die Stellen bei der Polizei aufgestockt und Polizeiverwaltungsassistenten eingestellt. Es gibt jetzt mehr Geld für die Ausstattung der Polizei. Außerdem lassen wir beispielsweise die neuen Autos auch von denen testen, die sie später benutzen. Ein weiterer Schritt, unser

Land sicherer zu machen, ist das überarbeitete Polizeigesetz: Ab sofort gelten neue Regelungen, wie die Strategische Fahndung oder die Erweiterung des Unterbindungsgewahrsams. Damit geben wir den Beamten Rechtsgrundlagen an die Hand, die sie brauchen, um Täter zu überführen und die Menschen in unserem Land bestmöglich zu schützen.

✓ Wir entfesseln NRW

Endlich ist sie weg: Die Hygieneampel. Das rot-



Foto: Adobe Stock



Foto: Adobe Stock

grüne Bürokratiemonster hat Gastronomen das Leben schwer gemacht. Deswegen war es uns wichtig, genau diese überflüssige Regelung im verabschiedeten Entfesselungspaket I zu streichen. Das Paket umfasst außerdem mehr Geld für Kliniken in unserem Land und die Einführung der elektronischen Gewerbeanmeldung. Die Läden haben mit mehr Sonntagen im Jahr mehr an Flexibilität gewonnen und Änderungen im Tariftreue- und Vergabegesetz machen es den Unternehmen im Land leichter.

✓ Wir machen NRW schlauer

Schüler, Lehrer und Eltern - ehrlicherweise auch wir – atmen auf. Wir haben eine Leitentscheidung G9 beschlossen. Das bedeutet: Ab dem Schuljahr 2019/2020 können die Schulen in eigener Verantwortung festlegen, ob sie der Leitentscheidung zu einem neunjährigen Bildungsgang (G9) folgen wollen, oder ein Abitur nach acht Jahren bevorzugen. Das entspricht dem weitüberwiegenden Wunsch in der Bevölkerung.

✓ Wir bringen NRW in Bewegung

Es lebe der Sport! Damit er das kann, haben wir den Pakt für den Sport mit der Zielvereinbarung „Nr.1: Sportland Nordrhein-Westfalen“ unterzeichnet. Diese sichert dem LSB NRW für die Legislaturperiode 2018 bis 2022 rund 42,2 Millionen Euro pro Jahr für konkrete Sportförderziele zu. Dies bedeutet ein Plus von 7,8 Millionen Euro gegenüber dem bisherigen „Pakt für den Sport“, der Ende 2017 ausgelaufen ist.

NRW geht weiter...



Foto: Adobe Stock



Foto: Adobe Stock



INTERVIEW

Eine selbstbewusste Fraktion, die das Land nach vorne bringt

Matthias Kerkhoff ist seit Juni 2017 der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion. Der 38-Jährige aus Olsberg im Sauerland ist vor allem für die Organisation der Fraktion und ihrer Arbeit zuständig. Welche Anforderungen der Job an ihn stellt und was er sich vorgenommen hat, erklärt er im Interview.

Frage: Was mögen Sie an Ihrem neuen Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer?

Matthias Kerkhoff: Es ist eine sehr vielseitige und spannende Aufgabe. Jeder Tag ist anders. Als Fraktion müssen wir immer auf der Höhe der Zeit sein und überlegen, welche Themen wir in die parlamentarische Arbeit einbringen und wie wir die Tätigkeit der Landesregierung erfolgreich unterstützen können. Die 72 Abgeordneten, aber auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind sehr engagiert und die Zusammenarbeit macht viel Freude. Für mich persönlich ist es eine tolle Aufgabe, in Regierungszeiten dazu beizutragen, dieses Land nach vorne zu bringen, durch gute Politik unserer Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

Frage: Welche Eigenschaften kommen Ihnen bei Ihrer Aufgabe zu Gute?

Matthias Kerkhoff: Strukturiert Prozesse anzugehen, die Bereitschaft zur Kommunikation und Freude am Umgang mit Menschen sind hilfreich dabei. Ich möchte erreichen, dass wir unsere Arbeit so organisieren, dass sich die einzelnen Abgeordneten mit ihren Interessen und beruflichen Erfahrungen einbringen können. Es ist wichtig, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen in der Arbeit der Fraktion wiederfinden und ihren Beitrag zum Gelingen unserer gemeinsamen politischen Arbeit leisten können.

Frage: Was haben Sie sich vorgenommen mit der Fraktion?

Matthias Kerkhoff: Für mich ist es besonders wichtig, dass unsere Fraktion eine selbstbewusste Fraktion ist und dass wir durch unsere Abgeordneten auch Seismograf sind für die Themen, die in Nordrhein-Westfalen eine Rolle spielen. Aufgrund der Größe unseres Bundeslandes zwischen Bielefeld und Aachen und zwischen Bonn und dem Münsterland, können

das vor Ort durchaus unterschiedliche Themen sein, die bedeutend sind. Wir müssen es schaffen, diese Themen in der Fraktion zu diskutieren und dann gegebenenfalls in politischen Initiativen oder auch Regierungshandeln münden zu lassen. Die 72 Abgeordneten bringen unheimlich viele eigene Ideen ein. Wir sind alle Botschafter unserer Politik in ganz Nordrhein-Westfalen.

Frage: Sie sind gleichzeitig auch Abgeordneter für den Wahlkreis Hochsauerland II und Kreisvorsitzender – wie bekommen Sie das alles unter einen Hut?

Matthias Kerkhoff: Organisation ist alles: meine Arbeitswoche muss gut geplant sein. Es gibt Tage, an denen ich hier in Düsseldorf präsent sein muss. Es gibt aber auch Tage, die ich im Wahlkreis verbringe und dort Termine wahrnehme, im Gespräch bin mit den Akteuren vor Ort. Beides gehört für mich zusammen. Das gilt aber nicht nur für den Parlamentarischen Geschäftsführer, sondern auch für alle Abgeordneten. Auf der einen Seite bringen wir uns hier in Düsseldorf in die Ausschüssen ein und bearbeiten dort die Fachthemen und auf der anderen Seite gehört es dazu, vor Ort im Wahlkreis zu sein und dort Themen aufzunehmen und zu erfahren, auf welche Resonanz unsere Politik vor Ort stößt.

Frage: Was macht für Sie die Arbeit im Wahlkreis aus?

Matthias Kerkhoff: Als Abgeordneter lernt man quasi seine Heimat noch einmal neu kennen, weil man hinter viele Türen schaut und feststellt, wie vielseitig und großartig beispielsweise das ehrenamtliche Engagement ist und wie viele Menschen sich für andere einsetzen. Als Abgeordneter hat man die Gelegenheit, für seine Heimat etwas zu bewirken und das macht Freude.

Frage: Was sind Ihre politischen Ziele?

Matthias Kerkhoff: Inhaltlich geht es uns darum, dass dieses Land die Potentiale, die es hat, auch wieder abrufte. Wir müssen besser werden in der wirtschaftlichen Entwicklung.

Deshalb bauen wir Bürokratie ab. Wir müssen bei der Inneren Sicherheit wieder dazu kommen, dass die Menschen Vertrauen haben. Beim Thema Bildung geht es darum, dass wir die Talente, die jedes Kind hat, auch zum Vorschein kommen lassen. Weniger Unterrichtsausfall, bessere Versorgung mit Lehrern - das trägt alles dazu bei, dass dieses Land gerechter wird und auch dass es im Vergleich mit anderen Bundesländern wieder besser da steht. Das sind große Herausforderungen für unsere Fraktion, aber ich bin davon überzeugt, dass es sich lohnt dafür zu arbeiten.



EIN PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER HAT VIELFÄLTIGE AUFGABEN:

- Organisation des Parlamentsbetriebs
- Absprachen mit den anderen Fraktionen
- Mehrheitssicherung der Regierungsfractionen
- Ansprechpartner für die Abgeordneten
- Schnittstelle zum Regierungspartner
- Schnittstelle zur Landtagsverwaltung

ZUR PERSON

Matthias Kerkhoff ist 38 Jahre alt und stammt aus dem sauerländischen Olsberg. Seit Juni 2017 ist er der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Landtag und folgt damit dem jetzigen NRW-Finanzminister Lutz Lienenkämper. Kerkhoff ist CDU-Kreisvorsitzender und ist seit 2012 als gewählter Abgeordneter für den Hochsauerlandkreis II im Landtag Nordrhein-Westfalen.



Teresa Enke,
Vorstandsvor-
sitzende der
Robert-Enke-
Stiftung

WERKSTATTGESPRÄCH

Verständnis und Bewusstsein für Depressionen entwickeln

Depressionen sind ein wichtiges Thema, über das wir reden müssen. Jeder vierte in Deutschland hat das Risiko, an einer Depression zu erkranken. Die Betroffenen sollen endlich das Gefühl bekommen, dass die Gesellschaft ihnen mit Verständnis und Hilfsangeboten zur Seite steht“, fasste der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nettekoven, den Austausch des Werkstattgesprächs zusammen. Es ging um das Thema „Depressionen und psychischer Druck im Leistungssport – Was hat sich nach Robert Enke getan?“ Eingeladen hatten Nettekoven, der Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen und der gesundheitspolitische Sprecher Peter Preuß. Die Gäste: Teresa Enke, die nach dem Tod ihres Mannes die Robert-Enke-Stiftung gegründet hat, der Sportpsychiater Prof. Dr. Dr. Frank Schneider aus Aachen, der ehemalige Fußballprofi Martin Amedick und rund 80 weitere Gäste.

Es ging vor allem darum, wie wichtig es ist, über das Thema Depressionen zu sprechen und die Betroffenen damit nicht alleine zu lassen. Das betonte auch Teresa Enke: „Es sind viele Schritte nötig, das Thema Depression, vor allem im Leis-

tungssport, zu entstigmatisieren. Derjenige, der krank ist, muss sich nicht öffentlich bekennen, aber er braucht schnelle Hilfe.“

Den Punkt unterstrich der Sportpsychiater Prof. Dr. Dr. Frank Schneider mit der Aussage: „Robert Enke starb an einem Selbstmord. Es war kein Freitod, es war nicht freiwillig.“

Wichtig ist es nach Meinung der Experten, im Bereich des Leistungssports Perspektiven zu schaffen, beispielsweise den Sportlern eine Ausbildung zu ermöglichen, die sie davor schützt, nach der aktiven Karriere ohne einen Plan dazustehen.

Auch aus dem Werkstattgespräch nimmt die Fraktion mit: Wir müssen eine Depression frühzeitig erkennen, ein Bewusstsein dafür schaffen und den Betroffenen schnell helfen. So können wir vielleicht verhindern, dass Menschen, wie Robert Enke ihre Krankheit aus Angst vor dem Urteil der Mitmenschen geheim halten und letztlich daran zerbrechen.“



Foto: Adobe Stock

FAMILIENZENTREN

Wir wollen Familien stärken

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. Sie ist das belastbarste und verlässlichste soziale Netz unserer Gesellschaft – unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Zusammenlebens. So ist es in den Grundsätzen der CDU verankert und so wollen wir die Familien auch behandeln: wertschätzend und unterstützend. Aber was bedeutet das eigentlich für unsere Politik?

Im Koalitionsvertrag steht das Kapitel zu diesem Thema ganz vorne. Ein wichtiger Punkt darin sind die „Familienzentren“. Das sind Kindertageseinrichtungen, die weit über den gesetzlichen Anspruch hinaus auch Angebote für Eltern machen. Konkret heißt das: Familien werden beraten und informiert, wenn es um Behördengänge oder auch ganz praktische Fragen im Alltag geht. Ein niedrigschwelliges Unterstützungsangebot also, das das Leben von Familien direkt vor Ort um ein Vielfaches leichter macht.

Dieses Konzept hatte der damalige NRW-Familienminister, Armin Laschet, bereits 2006 ins Le-

ben gerufen und es funktioniert gut. Deswegen wollen wir es in dieser Legislaturperiode auch weiter ausbauen und inhaltlich voranbringen.

Im Kindergartenjahr 2018/2019 möchte die Landesregierung bis zu 150 neue Zentren an den Start bringen. Es soll aber nicht nur mehr Familienzentren geben, die sondern sie sollen auch qualitativ weiterentwickelt werden. Um für diese Weiterentwicklung eine verlässliche Basis zu haben, werden Ausstattung und Arbeit der bestehenden Familienzentren unter angemessener Beteiligung aller gesellschaftlichen Partner und Praktiker evaluiert. So hat es das Parlament im April beschlossen. Damit leisten wir als CDU-Fraktion einen Beitrag zur offensiven Familienförderung in Nordrhein-Westfalen.

Denn darum geht es uns schließlich: Aus innerer Überzeugung ist es unser Anspruch, stabile, verlässliche und verbindliche Rahmenbedingungen zu schaffen, für gute Entwicklungsmöglichkeiten aller Familien.



Jens Kamieth,
familienpoliti-
scher Sprecher



Foto: Adobe Stock



Holger Müller,
Beauftragter
der Fraktion für
Tourismus

TOURISMUS

Die Schönheit Nordrhein-Westfalens selbst erleben

Der Tourismus wächst derzeit nirgendwo in Deutschland stärker als in Nordrhein-Westfalen. Großartige Naturlandschaften mit naturbelassenen dichten Wäldern, wilden Flüssen, weiten Feldern und felsigen Bergen prägen unser Bundesland. Sie sind genauso eindrucksvoll, wie unsere pulsierenden Großstädte, historischen Bauwerke, die einmalige Industrie- und Bergbaukultur und zahlreiche Erinnerungsorte deutscher und europäischer Geschichte in unserem Land. All das zeigt, unsere Heimat hat für den Reisenden eine ganze Menge mehr zu bieten als auf eine Postkarte passt.

Das Jahr 2017 war wieder ein Rekordjahr: 23,3 Millionen Gäste sind zu uns gekommen und es gab stolze 50 Millionen Übernachtungen. Mit der Zahl der Gäste wächst auch die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors, nicht nur für Gastronomie oder Hotellerie, sondern auch für den Handel, die Logistikbranche oder den ÖPNV. Mit rund 25 Milliarden Euro und 424.000 Beschäftigten hat sich der Tourismus zum Wirtschafts- und Jobmotor für unser, vom Strukturwandel geprägtes, Land entwickelt.

Der Tourismus im Land ist die beste Werbung für Nordrhein-Westfalen. Wir befassen uns aber auch in diesem Bereich aktuell und in Zukunft mit den Herausforderungen und den Chancen der Megatrends Digitalisierung, Internationalisierung und Globalisierung. Die NRW-Koalition setzt hier wichtige Impulse. Eine neue Landestourismusstrategie muss Antworten auf den digitalen Wandel im Tourismus geben und sich den Veränderungen unseres Informations- und Kommunikationsverhaltens in den letzten Jahren anpassen.

Weltweit reisen immer mehr Menschen und der internationale Wettbewerb wird schärfer. Das kann eine große Chance für die Branche in Nordrhein-Westfalen sein – wenn wir sie aktiv nutzen. Die CDU-Fraktion möchte einen touristischen Landesverband zur Vernetzung der Regionen Nordrhein-Westfalens ins Leben rufen. So können alle relevanten Akteure des Tourismussektors an der Erarbeitung der neuen Strategie konstruktiv und dialogorientiert mitwirken und unser Land damit auch weiterhin zu einem beliebten Reiseziel machen.

NEUES LOGO UND NEUE WEBSITE DER CDU-FRAKTION

Auf einen Klick

Eine moderne Fraktion braucht einen modernen Internetauftritt. Denn eine gute Website ist, neben den Social-Media-Kanälen, immer noch die beste Visitenkarte. Soweit, so gut. Doch bevor es kopflos an die Gestaltung ging, wollte sich die CDU-Fraktion erstmal ein neues Design geben. Daher haben wir schon früh mit den ersten Überlegungen für ein neues Logo und die passende Farbgebung begonnen. Daraus entstanden ist ein geradliniges, modernes Icon, das sich immer noch an das Corporate Design der CDU anlehnt, aber auch die Eigenständigkeit der Fraktion zum Ausdruck bringt.

Auf dieser Basis haben wir dann mit der Neugestaltung der Internetseite begonnen. Neben geänderten, klaren Farben und modernem Design, haben wir das Nutzerverhalten als Prämisse für die Gestaltung ins Auge gefasst. Dem Ansatz „mobile first“ folgend ist die Website jetzt so aufgebaut, dass sie auch vom PC aus gut angesurft werden kann, vor allem aber bequem über mobile Endgeräte zu erreichen ist.



Natürlich sind neben dem modernen Erscheinungsbild weiterhin die wichtigen Informationen auf der neuen Website zu finden. Wir erklären wer wir sind, was unsere 72 Abgeordneten machen und wie wir die Themen, die uns wichtig sind angehen. Der Internetauftritt soll durch Bilder und einfache Bedienung ansprechen und den direkten Weg zu unserer Fraktion im Landtag ebnen.



NRW Fraktion

Besuchen Sie uns gerne auf einen Klick unter der neuen Domain: www.cdu-fraktion.nrw.

Nach #LTW2017 beginnt mit der Übernahme der Regierungsverantwortung eine neue Ära:

Die Fraktion der CDU NRW ist das Sprachrohr der Partei im Landtag. Sie ist aber auch eine souveräne Gruppe der gewählten Mandatsträger.

Daher braucht die Fraktion auch visuell eine gewisse Eigenständigkeit in Abgrenzung zur Partei.

- Eine neue Ära braucht einen neuen Look und kein Facelift.
- Die Fraktion steht für Dialog, Klarheit und Dynamik.
- zielstrebig statt experimentell
- kraftvoll, eigenständig
- konsistent in allen Kanälen



Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Sicherheitspaket I - Neue Werkzeuge für unsere Polizei

Die Handwerker unter Ihnen werden solche Situationen kennen: Die Säge ist stumpf, der passende Bohrer fehlt, der benötigte Pinsel ist eingetrocknet. Die zu erledigende Aufgabe scheitert, weil das passende Werkzeug fehlt oder ungeeignet ist. Frustration statt Motivation ist die Folge. Ähnlich werden sich unsere Polizistinnen und Polizisten gefühlt haben, wenn von Ihnen verlangt wurde, bestmögliche Sicherheit vor terroristischen Gefahren und Schwerverbrechern zu gewährleisten, beim Blick in den polizeirechtlichen Werkzeugkasten allerdings nichts brauchbares auffindbar war, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Die NRW-Koalition hat nun diesen Werkzeugkasten auf Tauglichkeit überprüft und – wo notwendig – durch Änderungen des Polizeigesetzes aufgefüllt. Endlich können auch in unserem Land sogenannte „terroristische Gefährder“ bis zu einem Monat in Gewahrsam genommen werden. Dieser „Unterbindungsgewahrsam“ durfte bisher nur für 48 Stunden ausgesprochen werden. Viel zu wenig Zeit, um fundiert zu klären, ob beispielsweise ein Anschlag geplant wurde. Unmöglich, in dieser Zeit Computer auszuwerten, Kommunikation zu überprüfen, Kontakte im Umfeld aufzuhellen oder gar internationale Quellen einzubinden. Bisher also ein ungeeignetes Werkzeug.

Mit der Erweiterung der zulässigen Dauer auf der rechtsstaatlichen Basis einer Richterentscheidung wird daraus nun ein wirksames Werkzeug für mehr Sicherheit!

Diese Änderung steht nicht allein: Die neu geschaffenen Möglichkeit, in schwerwiegenden Fällen auch Messengerdienste wie „WhatsApp“ mitlesen zu können, die Einführung der elektronischen Fußfessel, die Ausweitung der Videobewachung und die Einführung der Strategischen Fahndung (polizeiliche Anhalte- und Sichtkontrollen) sind erste, wichtige und wirksame Werkzeuge, damit unsere Polizei die ihr übertragenen Aufgaben bestmöglich erfüllen kann.

Wichtig war uns als Regierungsfractionen von CDU und FDP bei allen rechtlichen Änderungen ein Gleichgewicht zwischen persönlicher Freiheit und notwendiger Sicherheit zu erreichen. Alle genannten Maßnahmen dürfen daher nur von einem Richter angeordnet werden. Die Änderungen des Polizeigesetzes werden so zu einem ausgewogenen Paket für mehr Sicherheit und besserem Schutz vor terroristischen Bedrohungen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Kai Schumacher, Britta Weiss
Kontakt und Website: www.cdu-fraktion.nrw

Gastbeitrag von Markus Pieper MdEP

Digitalisierung europäisch denken: Plattform für Technologie und Diskussion in der Brüsseler Landesvertretung

Im Bild: Arndt Kirchhoff (Geschäftsführender Gesellschafter & CEO KIRCHHOFF Holding GmbH), Michael Hüther (Direktor IW Köln), Markus Ferber MdEP, Markus Pieper MdEP, EU-Kommissarin Mariya Gabriel mit Schülerfirma „DOT“ aus Werne (Kreis Unna)

Foto: PKM Europe

Mittelständische Industrie-Firmen aus Nordrhein-Westfalen leben Digitalisierung. Wenn es um „reale“ Produkte, um den spezifischen Kundenwunsch geht, kommt ihre Stärke zum Tragen: Die Wirtschaft investiert in die digitale Qualifikation und führt im Produktionsprozess verschiedene Berufsbilder interaktiv zusammen. Viele Firmen haben heute das digitale Know-How, Kundenwünsche und Kundenverhalten in Produktinnovationen umzusetzen. Aus Betrieben des Metallhandwerks werden so Konzerne im Fahrzeug- und Anlagenbau, aus kleinen Elektrobetrieben werden Marktführer für digitale Verbindungstechnik und aus Tischlereien exklusive Zulieferer für die Stores von Apple oder Zara. Je mehr hochqualifizierte Jobs dabei entstehen, umso mehr werden Beschäftigte des mittleren und unteren Qualifikationsniveaus benötigt.

Diese Meisterleistung – häufig mittelständischer Unternehmen – ist ein grenzüberschreitendes Business. Die Absatz- und Zulieferverflechtungen sind europäisch und gehen weit darüber hinaus. EU-Politik muss deshalb einen verlässlichen internationalen Rahmen für datenbasierte Geschäftsmodelle und digitalisierte Abläufe bieten. Der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament („PKM Europe“) hat dazu hochrangige Experten in die Brüsseler NRW-Vertretung geholt. Unterstützt vom Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) sowie Industrieverbänden und umrahmt von einer Mini-Robotik-Messe diskutierten fast 200 Gäste aus Wirtschaft, Forschung und Politik den europäischen Weg in die digitale Zukunft.

EU-Digitalkommissarin Mariya Gabriel betonte als Hauptrednerin des „PKM-Get-Together 2018“ die zentrale Bedeutung einheitlicher und verlässlicher IT-Standards für Sicherheit und Vertrauen in netzbasierte Produktionsprozesse. Europäische Normierung und Cybersecurity seien die wichtigsten EU-Politikfelder der Digitalisierung. Hier verwies IW-Direktor Michael Hüther auf den deutschen Datenstandard ecl@ass für

Waren und Dienstleistungen, der Modell für entsprechende Normungen auf EU-Ebene sein kann. Weiterer Hauptpunkt der mit „Online-Fragen“ per Smartphone direkt von den Teilnehmern inspirierten Podiums-Diskussion war der Datenschutz. Richtschnur der CDU-Datenschutzpolitik in Brüssel ist ein Verständnis von Daten auch als Rohstoff für die Wirtschaft und nicht nur als Gefahr für die Bürger. Entsprechende Wirtschaftsinteressen und berechtigte Sorgen muss verantwortungsvolle Politik ins Lot bringen.

Schließlich ging es in der Diskussion um die Grundvoraussetzung für Produktionen mit Echtzeit-Zulieferungen: Den glasfaserbasierten Breitbandausbau, der im Ranking betrieblicher Standortfaktoren mittlerweile zur Autobahnnahe abgeschlossen hat. Europaweiter Breitband- und 5G-Ausbau spielen deshalb eine zentrale Rolle in der EU-Politik. Ein richtig nettes Highlight des Abends bot eine Schülergruppe aus Werne (Kreis Unna), die ihr selbst erstelltes Buch zur Verständigung in Europa als „Start-up-Idee“ bewarb. So ganz nebenbei kam es dadurch zum sympathisch überbrachten Hinweis an die Politik, dass Start-ups eben auch Risikokapital für Wachstumsinvestitionen benötigen. ■



Dr. Markus Pieper

ist seit 2004 Europaabgeordneter und seit 2017 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Seine politischen Schwerpunkte sind Verkehrs- und Energiepolitik. Pieper ist Sprecher des Mittelstandskreises (SME-Circle) der EVP-Fraktion und des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Gruppe (PKM Europe). Seit 2007 ist er Mitglied im Landesvorstand der NRW-CDU.

Foto: EPP-Group-Photo/MLahousse



Neue Bundesregierung nimmt in Berlin ihre Arbeit auf

Koalitionsvertrag ist gut für Nordrhein-Westfalen

Fotos: CDU/Laurence Chaperon

„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“: Dieser Dreiklang überschreibt den Koalitionsvertrag, auf den sich Union und SPD nach mühsamen, aber konstruktiven Verhandlungen geeinigt haben. Er ist gleichzeitig gemeinsame Grundlage für die neue Bundesregierung, die mit der Wahl und Verteidigung von Angela Merkel als Bundeskanzlerin sowie ihres Kabinetts im März endlich ihre Arbeit aufnehmen konnte. Der Koalitionsvertrag ist ein guter Kompromiss, der die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen in unserem Land in den Blick nimmt und für Sicherheit und Stabilität sowie wirtschaftliche Prosperität sorgt.

Mit diesem Koalitionsvertrag wollen wir die Politik in den nächsten vier Jahren so gestalten, dass sie tatsächlich bei den Menschen vor Ort ankommt. Das gilt für Deutschland insgesamt und für Nordrhein-Westfalen in besonderer Weise. Hier ein kurzer Überblick der wichtigsten Themen für Nordrhein-Westfalen:

Wirtschaft und Energie

Nordrhein-Westfalen ist Wirtschafts- und Industriestandort. Der Koalitionsvertrag enthält ein klares Bekenntnis dazu und setzt Impulse für Wachstum und Innovation:

- **E-Mobilität:** Wie auch die Vereinbarung in NRW setzt der Koalitionsvertrag auf Bundesebene auf die Förderung von Elektromobilität und Batteriezellenproduktion. Dies kommt den daran forschenden Hochschulen und Unternehmen in unserem Land zugute, schafft Arbeitsplätze und stärkt die nordrhein-westfälische Innovationskraft.
- **Digitales Wachstum und Start-ups:** Die Koalition will die Gründungskultur in Deutschland fördern, indem sie etwa im ersten Jahr der Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduziert. Das hilft Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb um die besten Gründer und Investoren.

- **Energiesicherheit:** Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz gehören zusammen. Ziel von Union und SPD ist es, als starke Industrienation beim Klimaschutz weltweit führend zu bleiben und gleichzeitig unseren Wohlstand in einer intakten Umwelt zu sichern. Die Koalition bekennt sich zu den Klimazielen und lehnt einen voreiligen Ausstieg aus der Braunkohleförderung ab. Ein neuer Strukturwandel-Fonds wird den Wandlungsprozess in den Braunkohleregionen nachhaltig begleiten – ein wichtiges Signal an das Rheinische Revier.
- **Mehr Sicherheit in der Kernenergie:** Die Bundesregierung wird sich auf europäischer Ebene für umfassende Sicherheitsüberprüfungen, verbindliche Sicherheitsstandards und ein System wechselseitiger Kontrolle einsetzen, insbesondere mit Blick auf die belgischen Kraftwerke Tihange und Doel. Zudem soll rechtssicher verhindert werden, dass Kernbrennstoffe aus deutscher Produktion in unsicheren Atomkraftwerken im Ausland zum Einsatz kommen. Auch sämtliche Beteiligungen staatlicher Fonds an Atomkraftwerken sollen aufgegeben werden.

Digitales

Mit den ambitionierten Zielen und den massiven Investitionen bei der Digitalisierung, besonders in unseren Schulen und in die ländlichen Räume greift der Koalitionsvertrag Schwerpunktsetzungen der NRW-Koalition auf.

- **Gigabit-Netze und Mobilfunk:** Die Koalition wird substantiell in den flächendeckenden Breitbandausbau investieren und damit die Gigabit-Gesellschaft – den flächendeckenden Ausbau mit Gigabit-Netzen – bis 2025 erreichen. Hierzu wird die Koalition bis zu 12 Milliarden Euro bereitstellen. Davon profitieren die Unternehmen in NRW, gerade auch im ländlichen Raum, nachhaltig.
- **5G-Qualität:** Gleichzeitig wird die Koalition den Ausbau der Mobilfunkversorgung vorantreiben, weiße Flecken

schließen und Deutschland zum Leitmarkt für 5G entwickeln. Daraus ergeben sich zahlreiche Chancen für Technologiestandorte wie Aachen und das Ruhrgebiet.

- **Digitale Bildung:** Bis 2021 werden alle Schulen direkt an das schnelle Glasfasernetz angeschlossen. Mit dem mit fünf Milliarden dotierten Digitalpakt#D zielen Bund und Länder auf die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen. Damit werden auch die Schulen in NRW den Wandel in eine zukunftsgerichtete, digitale Bildungswelt schaffen.

Kommunen und ländlicher Raum

Für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bringt der Koalitionsvertrag Planungssicherheit und neue Impulse.

- Alle Programme, die die Kommunen **finanziell entlasten**, bleiben bestehen. Allein für die Flüchtlingskosten erhalten die Länder und Kommunen bis 2021 acht Milliarden Euro.
- Die Bundesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten, dass nur noch **Flüchtlinge mit Bleibeperspektive** auf die Kommunen verteilt werden.

- **Regionale Verkehrsprojekte** sollen verstärkt gefördert werden: Die Mittel im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes sollen um eine Milliarde Euro erhöht werden.

Bildung und Familie

Es ist ein großer Erfolg, dass der Bund die Landesregierung mit vielen Maßnahmen dabei unterstützen wird, junge Familien in Nordrhein-Westfalen zu fördern.

- Die **Investitionsoffensive für Schulen** schafft Entlastung bei der Bereitstellung ausreichender Ganztags- und Betreuungsangebote.
- Mit der **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** in Höhe von zwei Milliarden Euro ab 2020 schaffen wir bezahlbaren Wohnraum.
- Das **Baukindergeld**, das auf eine Initiative der CDU Nordrhein-Westfalen zurückgeht, erleichtert jungen Familien den Traum vom Eigenheim und die Bildung von Eigentum als Altersvorsorge. ■

Politiker aus Nordrhein-Westfalen in Regierungsverantwortung



Anja Karliczek
Bundesministerin für Bildung und
Forschung (mehr auf S.16)



Jens Spahn
Bundesminister für Gesundheit
(mehr auf S.17)



Dr. Günter Krings
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister des Innern,
für Bau und Heimat



Thomas Rachel
Parlamentarischer Staatssekretär
bei der Bundesministerin für
Bildung und Forschung



Sabine Weiss
Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für
Gesundheit



Oliver Wittke
Parlamentarischer Staatssekretär
im Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie



Dr. Ralf Braukusiepe
Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange der Patientinnen
und Patienten



Peter Beyer
Kordinator für die transatlantische
Zusammenarbeit im Auswärtigen
Amt



Thomas Jarzombek
Kordinator der Bundesregierung
für Luft und Raumfahrt

Science Fiction im Alltag: Warum wir einen verantwortungsvollen Umgang mit „Künstlicher Intelligenz“ brauchen

In Stanley Kubricks Meisterwerk „2001 – Eine Odyssee im Weltraum“ spielt der sich auf rätselhafte Weise verselbstständigende Computer HAL 9000 eine zentrale Rolle. Wer den Film gesehen hat, wird das künstliche rote Auge des Rechners und die heimtückische Rationalität, mit der er das Raumschiff unter seine Kontrolle zu bringen versucht, nicht vergessen. Seither ist „Künstliche Intelligenz“ immer wieder ein Science-Fiction-Thema des Kinos gewesen, ob in der Roboter-Herrschaft der Terminator-Reihe oder in der vorausschauenden Verbrechensbekämpfung des Films „Minority Report“. Es ist den meisten dieser Filme eigen, dass sie die technologischen Möglichkeiten sich selbst optimierender Maschinen als dunkle Macht beschreiben. Dieser dunklen Macht perfekter Maschinenherrschaft ist der Mensch irgendwann hoffnungslos unterlegen und ausgeliefert. Der davon ausgehende Grusel ließ sich deshalb leicht ertragen, weil in diesen Filmen doch nur eine phantastische Zukunft

entworfen wurde, die von unseren eigenen Lebensumständen unendlich weit entfernt schien.

Das hat sich grundlegend geändert. „Künstliche Intelligenz“ oder „AI“, die Abkürzung des englischen Begriffs „Artificial Intelligence“ sind allgegenwärtig geworden. Ob wir mit der Sprachsteuerung eines Smartphones kommunizieren, eine Suchmaschine benutzen oder bei einem großen Online-Händler einkaufen, wir greifen auf Anwendungen zurück, die „lernen“. Die Präzision der Ergebnisse wird in dem Maße steigen, in dem wir und Millionen andere Nutzer diese Anwendungen mit unseren Präferenzen und Interessen vertraut machen. Kein Programmierer muss hierzu eingreifen. Die Computerprogramme, die Algorithmen, erkennen diese Muster selbst und setzen diese Muster bei künftigen Anfragen in Ergebnisse um. Das funktioniert ganz ähnlich bei Robotern. Wenn Roboter mit riesigen Datenbanken vernetzt sind, können sie dank der Leistung heutiger Rechner in Sekundenbruchteilen auf schier unendliches Erfahrungswissen zurückgreifen. Und dieses Wissen wird durch die „Erfahrungen“ anderer mit der Datenbank vernetzter Automaten, Roboter und Sensoren permanent erweitert. Für das autonome Fahren, von dem so viel die Rede ist, kann man das sehr gut zeigen. Es ist schon heute vorstellbar, vernetzte Sensoren beispielsweise in Kleidung einzuweben. Wenn diese Sensoren anonymisierte Bewegungsprofile senden, wird ein autonom gesteuertes Fahrzeug diese wahrnehmen können und beispielsweise ein Kind, das über die Straße laufen will, am Bewegungsmuster erkennen. Das Auto wird seine Fahrt verlangsamen, bevor ein optischer Sensor das Kind überhaupt erfasst hat.

Aber die Entwicklung geht noch weiter. Der Lernalgorith-



mus „Alpha Go Zero“ der Ideenschmiede Deep Mind hat sich in drei Tagen selbstständig die Regeln und Strategien des hochkomplexen Brettspiels Go beigebracht. 2015 hatte die erste Version des Programms, Alpha Go, den 18-fachen Weltmeister Lee Sedol besiegt. Diese frühere mit großem Aufwand programmierte Version wurde nach den erwähnten drei Tagen von Alpha Go Zero mit einem Ergebnis von 100:0 besiegt.

Es sind Beispiele wie diese, die den Ton der Debatte deutlich verändert haben. Gerade im kalifornischen Silicon Valley, der innovativen Brutstätte des Computer-Zeitalters, sind die dunklen Zukunftsbilder unkontrollierbar gewordener Maschinen-Herrschaft durch die großen Verheißungen „Künstlicher Intelligenz“ abgelöst worden. Wir lesen von Supercomputern, die Röntgen-Bilder präziser analysieren als der erfahrenste Radiologe und seltene Krankheitsmuster erfassen, die selbst medizinische Kapazitäten übersehen. Wir hören von einer Verkehrswelt ohne Unfälle und von dem Versprechen, dass die Technologie uns von der Mühsal beschwerlicher Routine-Aufgaben befreien wird. Kein Problem scheint zu groß für die Macht der lernenden Algorithmen. Die Verbreitung maschinellen Lernens wird für die Entfaltung ökonomischer Produktivität eine zentrale Rolle spielen. Für ein Land, das sich auf die Entfesselung wirtschaftlicher Produktivkräfte konzentrieren will, ist es unabdingbar, die Grundlagen maschinellen Lernens zu erforschen und die ökonomische Anwendung und Verbreitung dieser Technologien zu fördern.

Das klingt nach einer schönen neuen Welt, aber schon heute verbinden sich mit den unter dem Stichwort „Künstliche Intelligenz“ zusammengefassten Technologien Ängste und Befürchtungen, die ernst zu nehmen sind. Diese von namhaften Unternehmern und Wissenschaftlern geteilten Befürchtungen sind einer breiteren Öffentlichkeit im Zusammenhang mit den ethischen Dilemmata des autonomen Fahrens deutlich geworden. Hier stellt sich die zentrale Frage, ob es eine Verletzung unverfügbarer menschlicher Würde bedeutet, wenn der Mensch in einer Dilemma-Situation, in der es möglicherweise um Leben oder Tod geht, zum „Objekt“ eines Algorithmus wird.

Andere Befürchtungen knüpfen sich an die möglicherweise dramatischen Beschäftigungseffekte des Einsatzes solcher Technologien. Es ist darauf hinzuweisen, dass der von einigen einschlägigen Studien prognostizierte Wegfall von Arbeitsplätzen durch Automatisierung nur dann unterstellt wird, wenn keine gesellschaftlichen Anpassungsprozesse, etwa durch Bildung und Ausbildung, erfolgen. Aber gerade die Notwendigkeit solcher Anpassungsprozesse macht es erforderlich, sich intensiv mit den Folgen maschinellen Lernens für den Arbeitsmarkt der Zukunft auseinanderzusetzen und

politische Handlungsoptionen zu entwickeln, die im Blick behalten, welchen Wert Arbeit für ein menschenwürdiges Dasein hat. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens entlastet nur wirtschaftliche Entscheidungsträger von den gesellschaftlichen Folgen der von ihnen angestoßenen technologischen Innovation. Aufgabe verantwortlicher Politik muss es aber sein, Rahmenbedingungen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Bedenken müssen wir politisch auch die Folgen für die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder. Im globalen Maßstab hat wirtschaftliche Ungleichheit in den vergangenen Jahren durch die Aufholprozesse von Ländern in Asien und Afrika abgenommen. Aber jetzt könnten komplexe Automatisierungsprozesse, die auf günstige Produktionsstandorte nicht mehr angewiesen sind, dazu führen, dass diese Entwicklung wieder umgekehrt wird.

Gerade ein politischer Ansatz, der nicht technologieskeptisch ist und den Einsatz modernster Technologien in ökonomischen Zusammenhängen befürwortet und fördert, sollte die ethisch-gesellschaftspolitische Dimension solcher Zukunftstechnologien aktiv und verantwortungsbewusst angehen. Es ist daher gut und richtig, dass unser Ministerpräsident Armin Laschet angekündigt hat, die gesellschaftliche Dimension von „Künstlicher Intelligenz“ durch die Gründung eines entsprechenden Instituts in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.



Dr. Mark Speich

ist seit September 2017 Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Bevollmächtigter des Landes beim Bund. Der gebürtige Bonner ist seit 1991 Mitglied der CDU und arbeitete nach seinem Studium in Bonn und Cambridge unter anderem für den damaligen CDU-Generalsekretär Peter Hintze, die Universität Bonn, an der er 2001 promovierte, und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 2008 bis 2017 war Speich Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschland und des Vodafone Instituts für Gesellschaft und Kommunikation.

12 Fragen an **Anja Karliczek**

Anja Karliczek, Jahrgang 1971, ist seit 1998 Mitglied der CDU. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach ihrer Ausbildung zur Bankkauffrau absolvierte sie eine Ausbildung zur Hotelfachfrau mit Ausbildereignung. 2008 schloss sie ihr BWL-Studium an der Fernuniversität Hagen mit dem Abschluss Diplom-Kauffrau ab. 2013 wurde sie im Wahlkreis Steinfurt III in den Bundestag gewählt und war Berichterstatterin für kapitalgedeckte Altersvorsorge. Anfang 2017 wählte die Fraktion sie zur Parlamentarischen Geschäftsführerin. Im März 2018 hat sie das Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung übernommen.

Was war Ihr erster Berufswunsch?

Irgendetwas mit Finanzen.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Ärmel hoch und los geht's.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Münster-Tatort.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Schokolade.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

Exodus von Leon Uris.

Was können Sie besonders gut kochen?

Möhreneintopf mit Hackbällchen.

Wie können Sie am besten entspannen?

Mit einem guten Buch.

Was mögen Sie an der CDU?

Dass sie einen festen Wertekompass hat.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In Bayern.

Seit März sind Sie Bundesministerin für Bildung und Forschung. Welches Thema haben Sie als erstes angepackt?

Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung.

Wie müssen sich Bildungs- und Wissenschaftspolitik angesichts der Digitalisierung verändern?

Wir brauchen eine engere Verzahnung von Theorie und Praxis und eine Wissensvermittlung der ethischen Grenzen des Möglichen.

Wo macht die Digitalisierung Ihr Leben einfacher?

Zum Beispiel beim Kontakt mit meiner Familie.

12 Fragen an Jens Spahn

Jens Spahn, Jahrgang 1980, ist seit 1997 Mitglied der CDU. In die Junge Union trat er 1995 ein und war von 1999 bis 2006 Kreisvorsitzender der JU Borken. Seit 2005 ist Spahn Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Borken. Dem Stadtrat seiner Heimatstadt Ahaus gehörte er von 1999 bis 2009 an. Seit 2002 ist Spahn, der an der Fernuniversität Hagen einen Master-Abschluss in Politikwissenschaft erwarb, Mitglied des Deutschen Bundestages. Er gewann den Wahlkreis Steinfurt I - Borken I stets direkt. Von 2015 bis 2018 war der gelernte Bankkaufmann Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen. Seit März 2018 ist er Bundesgesundheitsminister.



Was war Ihr erster Berufswunsch?

Landwirt – wie unser Nachbar. Der war den ganzen Tag draußen und musste nicht viel reden.

Nach welcher Maxime bestreiten Sie den Tag?

Gib jedem Tag die Chance, ein guter zu werden. Die allermeisten Tage sind gute Tage.

In welchem Kinofilm würden Sie gerne eine Hauptrolle spielen?

Für sämtliche James-Bond-Filme bin ich leider nicht sportlich genug. Deshalb „Jenseits von Afrika“. Mich fasziniert dieser Kontinent einfach. Und ich würde gerne endlich einmal die wunderbare Meryl Streep kennenlernen.

Was ist Ihre größte Schwäche?

Ungeduld.

Welche Bücher liegen auf Ihrem Nachttisch?

„Homo deus“ von Yuval Noah Harari und „Demian“ vom Hermann Hesse.

Was können Sie besonders gut kochen?

Spaghetti mit allem, was noch im Kühlschrank ist.

Wie können Sie am besten entspannen?

Im Liegen – und dann die Gedanken schweifen lassen.

Was mögen Sie an der CDU?

Dass im Gegensatz zu anderen Parteien nicht zuerst gefragt wird, wer Du bist. Es zählt, was Du kannst und wohin Du willst.

Wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen, würden Sie gerne leben?

In den Bergen Südtirols. Das ist ein ziemlicher Kontrast zum flachen Münsterland und genau deshalb so interessant.

Seit März sind Sie Bundesgesundheitsminister. Welches Thema haben Sie als erstes angepackt?

Mit dem ersten Gesetz werden wir die Beitragszahler spürbar entlasten. Daneben stehen die Pflegekräfte im Fokus der nächsten Jahre. Sie sollen in ihrem Alltag konkrete Verbesserungen spüren. Durch mehr Kollegen, eine bessere Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen. Mein Ziel ist, mehr Menschen davon zu überzeugen, diesen Beruf zu ergreifen oder in ihn zurückzukehren.

Wie muss sich Gesundheitspolitik angesichts der Digitalisierung verändern?

Wir müssen umdenken und fragen, welche Bedürfnisse die Patienten haben. Digitalisierung ist ja kein Selbstzweck, sondern soll das Leben der Patienten einfacher und die Versorgung besser machen, etwa durch die digitale Patientenakte. Die Frage wird sein: Wie schaffen wir einen klugen Datenschutz, der Forschung ermöglicht und den Schutz der Einzelnen sicherstellt? Daran wird sich entscheiden, wie gesund wir in Zukunft sind.

Wo macht die Digitalisierung Ihr Leben einfacher?

In vielen Bereichen: beim Pizza bestellen, beim Bahnticket kaufen, beim Zeitungslesen. Die Liste ist schier endlos. Vor allem aber sichert die Digitalisierung – richtig gemacht – unseren Wohlstand.



WAS VON EINEM JAHR GROSCHKEK/RÖMER BLEIBT

Es ist im Augenblick nicht leicht, SPD zu sein. Dass sich die SPD mit ihrem Wunsch nach Erneuerung schwer tut, zeigt sich auch in Nordrhein-Westfalen. Nach der aus SPD-Sicht verlorenen Landtagswahl im Mai 2017 übernahm Michael Groschek, 61, ehemaliger Landesverkehrsminister und ehemaliger Generalsekretär seiner Partei, den Landesvorsitz. Von vornherein war klar, dass er nur den Übergang organisieren sollte. Dennoch versprach er Großes: „Einen Neuanfang, der sich gewaschen hat.“ Schmissig, gar martialisch, kündigte er an, dass sein Landesverband den „Marschbefehl“ für eine modernere SPD auch im Bund geben werde.

In der Fraktion blieb Norbert Römer Vorsitzender. Römer, 71, neben dem Fraktionsvorsitz auch Vorsitzender des einflussreichen SPD-Bezirks Westliches Westfalen, Landeschatzmeister und Leiter der NRW-Delegation bei Bundesparteitagen. Er gilt in der SPD als mächtiger Strippenzieher. In der Mischung aus Chaos und Schockstarre, die die SPD nach der Landtagswahl überfiel, inszenierte er sich als Moderator und Fels in der Brandung, als unverzichtbarer Garant für einen geordneten Übergang. Nun, ein Jahr später, geben beide ihre Ämter ab. Und sind gescheitert. Ihr „geordneter Übergang“ hat die NRW-SPD ins Chaos geführt.

Die SPD versteht Nordrhein-Westfalen schon lange als „ihr Stammland“. Gerne wird vom „Kraftzentrum“ oder gar der „Herzkammer der Sozialdemokratie“ gesprochen. Sie ist in dem Denken gefangen, dass ihr ein angeborener Machtanspruch zusteht. Die verlorene Wahl 2005 wurde als Betriebsunfall angesehen und mit der bundespolitischen Situation

begründet. Auch deswegen haben die jeweils Verantwortlichen nie das Bedürfnis verspürt, die Wahlniederlagen einer genaueren Analyse zu unterziehen, ihr Verhalten oder ihre Strukturen zu überdenken.

Die Wiederbelebung des Hinterzimmers

Aber es sind auch eben diese Strukturen, die der SPD nun zum Verhängnis werden. Sie ist, anders als sie gerne propagiert, streng hierarchisch, neu-deutsch würde man sagen „top down“, organisiert. Das wird schon deutlich, wenn man die Parteistrukturen vergleicht. Der Landesverband der CDU ist in acht Bezirke unterteilt, bei der SPD sind es nur vier. Der CDU-Landesparteitag besteht aus 677 Mitgliedern, der Bundesparteitag sogar aus 1.001. Bei der SPD sind es in NRW 485, im Bund gerade einmal 600. Was auf den ersten Blick wie ein reiner Größenvergleich anmutet, zeigt in Wahrheit, wie unverhältnismäßig viel mächtiger die Funktionäresebene gegenüber der Parteibasis ist. Verdichtet man die Macht in einer Organisation nämlich auf so wenige Köpfe, wird es zwangsläufig schwieriger, Ideen „von unten“ nach oben zu tragen. Und es erschwert einen ehrlichen Dialogprozess, der aber – gerade, wenn es so viel Unmut gibt – dringend notwendig ist. Darüber kann auch der lange und für die SPD anstrengende Diskussionsprozess nicht hinwegtäuschen, den die Sozialdemokraten sich zugemutet hatten, um in die Große Koalition einzutreten.

Mit dem nahenden Abschied von Groschek und Römer machten sich nun also neue, tatsächlich jüngere, Abgeordnete Hoffnungen auf ihre Nachfolge. Drei Kandidaten hatten ihre Ambitionen insbesondere auf den Fraktionsvorsitz deutlich gemacht:

- Der nun ehemalige Parlamentarische Geschäftsführer Marc Herter, 49. Herter stammt wie Römer aus dem größten SPD-Bezirk Westliches Westfalen und gilt als dessen politischer Ziehsohn.
- Thomas Kutschaty, ebenfalls 49, ist Vorsitzender der Essener SPD, Ex-Justizminister und Römers Vize in der Landtagsfraktion. Schon nach der verlorenen Landtagswahl hatte er eine Kampfkandidatur gegen Römer erwogen, sie dann aber unterlassen. Ihm wurden und werden große Ambitionen nachgesagt, sein Verhältnis zu Römer indes gilt als schwierig.
- Dritter im Bunde war der Kölner Martin Börschel, 45, Jurist und Finanzpolitiker und ebenfalls ambitioniert.

Gleich drei Kandidaten – das wurde dem Übergangs-Tandem Groschek/Römer dann doch unheimlich. Denn just als es so aussah, als hätte die SPD an der offenen Diskussion Gefallen gefunden, überraschten sie die interessierte Öffentlichkeit: mit der Wiederbelebung des Hinterzimmers. Offenkundig wollten sie sich die Regelung ihrer Nachfolge nicht aus den Händen nehmen lassen. Freilich, man nannte es nicht Hinterzimmer. Man nannte es Personalfindungskommission. Eine kleine Gruppe von Menschen sollte eruieren, wer für welche Funktion in der Partei- und Fraktionspitze in Frage kommen sollte – mit einer Doppelspitze. Wichtigstes Kriterium: Der Proporz.

Die eigentlichen Strippen zog weiter Norbert Römer. Desens oberste Priorität war es nämlich, sein eigenes Erbe zu sichern, was auch bedeutet, dass die in Oppositionszeiten einflussreichste Position, der Fraktionsvorsitz, in seinem Heimatbezirk Westliches Westfalen verbleiben sollte. Was nun folgte, erinnert an ein Intrigenspiel, in dem Personen und Positionen so zurechtgeschoben werden sollten, dass am Ende Römer gewinnt.

Römers Intrigen

Damit der Proporz funktioniert, mussten alle Bezirksverbände berücksichtigt werden. Wenn ein Mittelrheiner Parteichef wird, kann nicht ein anderer Mittelrheiner den Fraktionsvorsitz übernehmen.

Groschek und Römer trugen dem Mittelrheiner Martin Börschel den Parteivorsitz an, der ablehnte, weil er lieber Frak-

tionsvorsitzender werden wollte. Nun wird er beides nicht. Also fanden sie Sebastian Hartmann, den die meisten erst einmal googlen mussten, einen Hinterbänkler im Bundestag aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Über ihn lässt sich nicht viel sagen, außer, dass er der SPD eine „klare Sprache“ verordnet hat, diese selber aber noch üben muss. Auch weiß er noch nicht, ob er Armin Laschet 2022 herausfordern will.

Groschek und Römer stellten ihren Auserwählten der Parteifindungskommission vor, die ihn auch nominierte. Außerdem benannte sie die Duisburgerin Sarah Philipps, 35, als Parlamentarische Geschäftsführerin. Jung, weiblich, umtriebiger – wer sollte da schon etwas gegen haben. Philipps kommt aber, genau wie Kutschaty, vom (SPD-)Niederrhein. Ergo, so Römers Plan, würde damit Kutschaty als Fraktionsvorsitzender (Proporz!) verhindert werden und der Platz für Herter frei werden.

Doch die Herren hatten die Rechnung ohne Thomas Kutschaty gemacht. Der wollte sich nämlich nicht einfach so ausbooten lassen und hat sich zudem in den letzten Monaten mit seiner No-GroKo-Haltung als standhafter Rebell inszeniert. Und auch den Abgeordneten schien so viel Hinterzimmer-Strippengeziehe von Personen, die die Zukunft ihrer Partei nicht mehr mitgestalten würden, zu viel. Und so unterlag der favorisierte Marc Herter bei der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden dem nicht vorgesehenen Thomas Kutschaty. Römer trat daraufhin als Vorsitzender seines Bezirksverbands zurück und wird auch nicht mehr als Landesschatzmeister kandidieren.

Was das nun für das fein austarierte Personaltableau der SPD bedeutet, lässt sich nur erahnen. Bleibt es also bei dem unbekannteren Sebastian Hartmann, von dem es heißt, er sei der einzige gewesen, den Groschek/Römer überhaupt für den Job finden konnten? Wird sich das machtbewusste Westliche Westfalen mit der designierten Generalsekretärin, der Wittenerin Nadja Lüders, zufrieden geben? Dem Vernehmen nach, will Thomas Kutschaty nach anfänglichem Zögern nun doch auf den Landesvorsitz verzichten. Die Spitzenkandidatur für 2022 traut er sich zu, das hatte er gleich nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden zu Protokoll gegeben. Auch hat die neue Bundesumweltministerin, der Ambitionen auf den Landesvorsitz und die Spitzenkandidatur zur nächsten Landtagswahl nachgesagt wurden, erklärt sie wolle nun doch nicht kandidieren. Läuft es also doch auf eine Doppelspitze hinaus?

So unklar die Zukunft der SPD ist, so klar ist das eine: Ein Jahr Groschek/Römer haben der Partei den versprochenen Neuanfang nicht gebracht, stattdessen herrscht: Intrigantes Chaos.

Von Isabelle Fischer

Das „Wir“ hat Vorfahrt von dem „Ich“

Hatten Sie nicht auch schon einmal das Gefühl, dass unsere Gesellschaft immer kälter wird, immer mehr Menschen nur an sich denken? Hatten Sie nicht auch schon einmal den Eindruck, dass der Egoismus in Deutschland auf dem Vormarsch ist?

Schaut man sich die Zahlen derjenigen an, die sich ehrenamtlich engagieren, so deckt sich das nicht mit diesem subjektiven Eindruck. Rund 14,9 Mio. Menschen engagieren sich in Deutschland in einem Verein oder einer sozialen Einrichtung. Das Ehrenamt lebt also. Und wir müssen für jeden, der sich in und für diese Gesellschaft einbringt, dankbar sein. Dieses Ehrenamt ist aber kein Selbstläufer, auch wenn die Zahlen insgesamt nach oben zeigen.

Unsere Aufgabe als Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Ehrenamt in unserer Gesellschaft weiterhin Vorfahrt hat. Wir müssen die Rahmenbedingungen so justieren, dass die Menschen keine überflüssigen oder zumindest übermäßigen Hindernisse vorfinden. Das heißt, wir müssen entsprechende Regelungen schaffen, aber auch für ein entsprechendes gesellschaftliches Grundklima sorgen. Mit der Schaffung des Amtes einer Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt hat die NRW-Koalition einen richtigen Schritt der Anerkennung und tatkräftigen Unterstützung getan.

Unsere Gesellschaft funktioniert nur, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen einbringen. Wenn das „Ich“ auch etwas für das „Wir“ tut. Ohne das geht es nicht.

So bemerkenswert hoch die Bereitschaft ist, sich gesellschaftlich zu engagieren, so stelle ich doch leider im Kleinen immer wieder auch eine Kultur des Wegsehens fest. Da, wo man selbst helfen oder handeln könnte, ruft man lieber nach dem Handeln und der Hilfe anderer. Auch hier müssen wir weg von der Haltung, Verantwortung haben die anderen, ich nicht. Es gilt: weg vom „Ich“, hin zum „Wir“. Man sollte da helfen, wo man helfen kann. Dann leben wir in einer Gesellschaft mit Gemeinsinn.

Ich wünsche mir, dass die Menschen wieder mehr miteinander sprechen als übereinander und dass sie dem uns verbindenden „Wir“ wieder öfter Vorfahrt vor dem „Ich“ einräumen. ■



Hovenjürgens
ANSAGE!





118 VERSCHIEDENE WERBEMITTEL, 7452 ADRESSEN, 9 LÄNDER, 1 PARTNER, 0 ARBEIT

Wir nennen das Service!

- Beratung und Optimierung
- Konzeption und Design
- Produktion und Logistik
„Supply Chain Management“
- Verpackung und Versand
- Marketing-Netzwerk

Die richtigen Werbemittel & Service
mit Zufriedenheitsfaktor.

► **m.e.s.**
MARKETINGSERVICES

Tel.: 02175 - 99067-0 info@mes-marketingservices.de www.mes-marketingservices.de



Die Angriffe sind digital, die Bedrohung real:
Jetzt **sichern und versichern.**

Cyber-Kriminelle können von der ganzen Welt aus in Ihr Unternehmenssystem eindringen. Mit unserem digitalen Schutzschild aus Cyber Security Club und CyberPolice beugen Sie Cyber-Attacken vor und sichern Ihr Unternehmen gegen digitale Risiken ab. So haben Sie eine optimale Verbindung aus Prävention und Versicherungsschutz – und das rund um die Uhr.

Mehr unter www.digitaler-schutzschild.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen